

In diese Vereinbarung wurden die schon zuvor, zuletzt in der Resolution 1633 des VN-Sicherheitsrates, definierten wichtigsten Themenkreise aufgenommen:

- Identifizierung der Bevölkerung (Ausstattung mit Personalpapieren),
- Vorbereitung und Durchführung der Wahlen,
- Militärische Fragen, insbesondere die Auflösung der Milizen, die Entwaffnung der Milizen im Westen und der ehemaligen Rebellen im Norden sowie ihre Wiedereingliederung ins Zivilleben,
- Rückkehr der staatlichen Verwaltung in den Norden und Westen des Landes im Rahmen der angestrebten Wiedervereinigung beider Landesteile.

Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens ist fast ein Jahr vergangen. Gibt es Erfolge zu verzeichnen?

Die politische Atmosphäre hat sich seitdem deutlich entspannt. Die stetige Konfrontation und die immer wieder aufflammenden gewalttätigen Auseinandersetzungen auf den Straßen Abidjans und anderer Städte gehören der Vergangenheit an. Die seit April 2007 amtierende Regierung des Premierministers Soro arbeitet tatsächlich als eine solche der „nationalen Versöhnung“. Eine Neuauflage der bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen des Herbstes 2002 und des November 2004 gilt – auch nach Einschätzung der internationalen Friedenstruppen im Land – als höchst unwahrscheinlich. Zwar liegen die Parteien gegenüber dem ursprünglich vereinbarten Zeitplan deutlich zurück, dennoch lassen sich konkrete Fortschritte festhalten:

- Die gerichtlichen Anhörungen als erste Phase im Rahmen der Identifizierung der Bevölkerung sind (obgleich mit Verspätung) landesweit angelaufen; bis Ende Januar 2008 sind ca.

200.000 Entscheidungen ergangen.

■ Die Rückkehr der staatlichen Verwaltung in den Norden schreitet fort. Heute sind dort die meisten leitenden Verwaltungsbeamten, zwischenzeitlich auch viele ihrer Mitarbeiter, auf ihren Posten vor Ort. Die üblichen Jahresabschluss-examen in den Schulen wurden 2007 im Süden und Norden normal durchgeführt.

■ Es herrscht weitgehend Freizügigkeit für alle Bürger im ganzen Lande.

■ Die Unabhängige Wahlkommission (CEI) ist landesweit präsent und bereitet die Präsident-



Die UNO bemüht sich um Aufklärung der Bevölkerung über ihre Mission (2005)

schaftswahlen aktiv vor.

■ Unter Leitung eines Integrierten Kommando-Zentrums (CCI) werden die militärischen Fragen zur Überwindung der Krise aufgegriffen. Die 2003 eingerichtete sog. „Vertrauenszone“ zur Trennung der Streitkräfte beider Seiten, die das Land mehrere Jahre in der Mitte teilte, wurde aufgehoben; die Streitkräfte der ehemaligen Bürgerkriegsparteien wurden entzerrt, im Süden bereits in ihre Kasernen zurückgeführt. Es wurde Einvernehmen über die weitere Behandlung der Milizen und ehemaligen Rebellen erzielt, d.h. Übernahme in die vereinten Streitkräfte des Landes (Militär, Gendarmerie, Polizei) oder mit beruflicher Aus- und Fortbildung unterstützte Wiedereingliederung ins Zivilleben.

Obleich in Umsetzung der Friedensvereinbarung noch viel zu tun bleibt und mitunter auch schwierige Entscheidungen anstehen, ist doch wichtig, dass die Hauptprotagonisten den Krieg als beendet und den

Friedensprozess als unumkehrbar betrachten.

Nach dem letzten Treffen der Mitglieder des permanenten Konzertierungsrahmens des Abkommens von Ouagadougou (Cadre permanent de concertation, CPC) am 24. Januar 2008, den monatlichen Treffen der sieben Mitglieder des Komitees der Evaluierung und der Begleitung des Friedensprozesses (Comité d'évaluation et d'accompagnement, CEA), wie würden Sie die momentane Lage charakterisieren?

Die gegenwärtige Lage (Ende Januar 2008) gibt Anlass zu vorsichtiger Hoffnung und Zuversicht. Am 24.01. bekräftigten die politischen Führer, Präsident Laurent Gbagbo, Premierminister Guillaume Soro sowie die Führer der großen Oppositionsparteien Henri Konan Bédié und Alassane

über die genaue Reihenfolge von Identifizierung der Bevölkerung, Entwaffnung von Rebellen und Milizen, Rückkehr der Verwaltung in den Norden und Durchführung der Wahlen sind offensichtlich nicht mehr aktuell. Alle politischen Kräfte des Landes sehen unmittelbare Priorität in der Durchführung der Präsidentschaftswahlen als Grundlage für den Ausweg aus der Krise. Insofern spricht vieles für die Durchführung dieser Wahlen im laufenden Jahr.

Der Friedensprozess ist gerade in einer entscheidenden Phase mit der Fortsetzung der öffentlichen Identifizierungs- und Registrierungsverfahren der Bevölkerung. Am Ende werden Wahllisten veröffentlicht, die im Internet zugänglich sein sollen (mobile Teams – Ausgabe von Personalausweisen unabhängig von ihrer nationalen Herkunft). Wie sehen Sie diese Etappe für die weitere Entwicklung des



Die Gbagbo-Anhänger „Junge Patrioten“ zerstören UNO-Einrichtungen im Januar 2006

Ouattara, auf ihrer gemeinsamen Sitzung in Ouagadougou unter Vorsitz des burkinischen Präsidenten Compaoré die absolute politische Priorität im Rahmen des Friedensprozesses für die Durchführung der überfälligen Präsidentschaftswahlen. Diese sollen offen, frei, demokratisch und transparent sein. Alle Teilnehmer sprachen von einem guten und erfolgreichen Treffen.

Damit wurde die Einschätzung bestätigt, dass Gbagbo, die ehemaligen Rebellen der Forces Nouvelles wie auch die politischen Oppositionsparteien im Land ihr Hauptaugenmerk auf die Vorbereitung und Durchführung der seit Oktober 2005 überfälligen Präsidentschaftswahlen richten. Die strittigen Debatten der Vergangenheit

Friedensprozesses in der Côte d'Ivoire?

Wie in vielen afrikanischen Staaten wurden und werden – insbesondere in den ländlichen Gebieten – Geburten und andere Standesfälle häufig nicht bei den Behörden angemeldet und registriert. Dann aber gibt es keine Grundlage für die Ausstellung von Ausweisen oder Eintragung im Wählerverzeichnis. Daher gibt es ein besonderes Verfahren, etwa vergleichbar unserer freiwilligen Gerichtsbarkeit, um nachträglich, ggfs. auch für Erwachsene einen Geburtseintrag durch Gerichtsentscheid zu erwirken, nämlich im Rahmen der sog. gerichtlichen Anhörungen